

# Volks-Zeitung

Mit Berliner Familien-Zeitung  
Moden-Zeitung Sport-Zeitung  
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.  
Techn.-Zeitung Witzblatt „L.L.K.“

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin S.W.  
Druck: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

## Die Goldnotenbank kommt

Der Bericht des Komitees Dawes — Der Plan einer deutschen Goldnotenbank festgelegt  
„Der bedeutsamste Schritt zur Stabilisierung der deutschen Valuta“ — Fortsetzung der Verhandlungen  
mit Dr. Schaacht in Paris

Das erste Sachverständigenkomitee veröffentlicht folgendes Communiqué

Die Arbeiten des ersten Sachverständigenkomitees haben dazu geführt, mit Zustimmung in großen Zügen den Plan festzulegen, den es für die Errichtung einer neuen deutschen Goldnotenbank empfiehlt, wobei die ihre eigenen Noten gegen die Notenbank und der Reichsbank ausstehen sollen. Die diesem Entwurf zugrunde liegenden allgemeinen Prinzipien sind dem Sachverständigenkomitee Dr. Schaacht zur Kenntnis gebracht worden, der daraufhin den Entwurf hat — unter dem auch die Sachverständigen seiner Höhe —, daß falls dieser Entwurf zur Ausführung gelangt, er sich als der bedeutsamste Schritt zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Valuta und zur Ausbalancierung des deutschen Finanz erwiesen wird. Das Sachverständigenkomitee wird der Reichsbank und dem Reichsbankrat zum Ausdruck bringen, daß der Plan, den es dem Komitee unterbreiten werde, baldmöglichst zur Ausführung gebracht werden soll. Schaacht hat dem Komitee erklärt, daß er bei Aufstellung seiner Pläne für die Errichtung seiner Goldnotenbank es zu erwägen wolle, daß ihr Aussehen in die von dem Komitee vorgezeichneten Notenbank eintrifft.

Dr. Schaacht wird am 18. d. M. mit dem Sachverständigenkomitee in Paris wieder zusammenkommen.

Am dem ersten Sachverständigenkomitee veröffentlichtes Communiqué wird u. a. von unterzeichneter Seite gefolgert:

Die offizielle Ausfertigung des Sachverständigenkomitees, das seine Währungsarbeiten in Berlin hiermit vorerst beendet haben dürfte, zeigt in erfreulicher Weise, daß die Zusammenarbeit zwischen den in Frage kommenden deutschen Stellen und dem Komitee zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Das Komitee, das von der Reparationskommission den Auftrag empfangen hat, Vorschläge für eine definitive Stabilisierung der deutschen Währung zu machen, hat seine Arbeiten von vornherein und ununterbrochen in diesem Sinne geleitet. Der beabsichtigte Plan hat die Billigung der bisherigen der vorliegenden deutschen Zahlungsmittel auf einer einzigen Gold-

basis zum Ziele. Die Gesamtansätze, die das Komitee dabei leitet, sind bereit, daß auch von deutscher Seite ein Erfolg daraus erwartet wird. Andererseits hat das Komitee niemals verkannt, daß unter derzeitigen Verhältnissen und Währungsverhältnissen ein eigenes Handeln erforderlich ist. Die Sachverständigen werden die Ausführung der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen und zeigen durch die bereits für den 18. d. M. in Paris angelegte Fortführung der gemeinsamen Arbeiten, daß es ihnen mit der beabsichtigten Lösung des Problems ernst ist. Am die von dem Reichsbankpräsidenten eingehenden Arbeiten sind baldige Heranziehung inländischer und ausländischer Golddepots für die Zwecke der deutschen Währungsreform zu beabsichtigen und ihre Weiterführung zu ermöglichen, hat die Kommission die Erklärung des Reichsbankpräsidenten entgegengenommen und im Rahmen eines gemeinsamen öffentlichen Ausdruck gebracht, daß die Arbeiten des Reichsbankpräsidenten zu geführt werden, daß das Ansehen der Reichsbank in den von den Sachverständigen im Sinne gefassten definitiven Plan vorgegeben wird.

Was der somit von allen beteiligten Stellen bezogenen prompten Arbeitsfertigkeit und übereinstimmenden grundsätzlichen Aufhebung noch hervor, daß die letzten parlamentarischen Vorgänge auf dem Weltmarkt jeder Segnung entbehren, und daß die Lieberführung des derzeitigen Wertverhältnisses unserer Zahlungsmittel in einen definitiven Zustand mit Sicherheit in Aussicht zu nehmen ist.

Das weitere Arbeitsprogramm

Zur erste Sachverständigenkomitee hielt gestern nachmittags eine Plenarsitzung ab, in der er sich mit dem Ergebnis der Beratungen der letzten Tage befaßte. Morgen und übermorgen werden die Sachverständigen mit den Vertretern der verschiedenen deutschen Wirtschafts- und Berufskreise in Verbindung nehmen. Morgen vormittag wird der Anstalt Herr v. Wangenheim als Vertreter der deutschen Landwirtschaft empfangen. Im Anschluß daran wird eine Besprechung mit dem Gewerkschaftsführer Kohnemann stattfinden. Am Dienstag vormittag um 11 Uhr ist eine Besprechung mit Herrn v. Siemens in der deutschen Industrie anberaumt. An die Unterhaltung wird sich auch eine Besprechung mit Bankier Mendelsohn anschließen.

### Politische Erneuerung?

Die Aufgaben der republikanischen Aktion

10. N. Seit dem November 1918 haben die deutsche politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie und des Zentrums das äußere Gesicht und den Namen gewechselt. Aber nur innerhalb der bürgerlichen Mitte gab es so etwas wie eine Erneuerung. Noch mitten im Zusammenbruch der alten Gewalten traten demokratische Männer auf, die das Verlangen der alten Reichsparteien während des Krieges und bei der Revolution auf rücksichtslosste braunmännern und zur Gründung einer großen demokratischen Partei auftraten. Sie verwarfen den Gedanken jeder Fusion, die verlangten reinlich Absonderung der alten liberalen Parteien und ihrer Parteiführer, und bei der Bildung der neuen Zentralpartei sollte niemand berücksichtigt werden, der während des Krieges sich durch Amerikalisierung oder Wählerrechtsfeindschaft hervorgetan. In revolutionären Zeiten soll sich die geschichtliche Entwicklung schnell ab. Nach acht Tagen gab es keine fortschrittliche Volkspartei mehr, und auch die alte Nationalliberale Partei bedurfte ihrer Auflösung. Bedingungslos ordneten sich die alten fortschrittlichen Organisationen der neuen Zentralpartei der Deutschen demokratischen Partei unter, und nur von den Nationalliberalen sprach liberal und jetzt bereit war, auf demokratisch-republikanischen Boden zu treten, wie die Jungliberalen, der Bauernbund, die Angestellten- und Arbeitervertreter der Partei, das ist sich gleichfalls der demokratischen Partei an. Dabei liegen die Gründe nicht den ästhetischen Zweifel, daß sie keine „bürgerliche“ Partei im ursprünglichen Sinne des Wortes sein wollten, sondern durchwegs im Geiste Mannmanns, der auch auf dem ersten Parteitag zum Vorkommen gelangt wurde, wollte man die freihellenischen Rechte der gesamten Nation in den Dienst des Wiederaufbaus stellen. Daß dieser Wiederaufbau nur auf dem Boden der Republik vor sich gehen könne, war allgemeine Hebrungsgründe, und das bezeugt das Programm der deutschen Einheitspartei. Die großen Erwartungen der Gründer konnten sich nicht erfüllen. Dafür konnte der Friedensvertrag von Versailles, der die deutsche Demokratie tödlich verwundete. Zum andern aber zeigten sich sehr bald Schwäche, Spießbürgerangst und politische Engstirnigkeit beim sogenannten deutschen Bürgerturn. Als die Demagogie

### Ein tolles Zeitungsverbot

Mecklenburgische „Pressefreiheit“

Schwerin, 9. Februar. (Witwat.) Ohne jede Begründung ist der eine streng republikanische Wochenschrift verbotene „Norddeutsche Anzeiger“ auf fünf Tage verboten worden. Dieses Verbot bedeutet einen hellen Skandal, zu dem sich der militärische Regimentschef gerade im Bereich des dortigen Wochenschriftens ausgenutzt hat. Es ist bezeichnend, daß das Verbot des „unabhängigen“ Blattes gerade 10 Tage vor der Wahl erfolgt. Unbedingt notwendig ist ein solches Eingreifen des Chefs der Exekution, wenn man vermeiden will, daß das Ergebnis der Wahlen angefochten wird.

### Herr Hoffe hebt — die Zensur auf

Weimar, 9. Februar. (W. Z. B.) Der Militärbefehlshaber in Thüringen, Generalleutnant Hoffe, hat mit sofortiger Wirkung für den heutigen Tag und den morgigen Wahlfesttag jede Zensur aufgehoben.

### Rein Volksbegehren in Sachsen

Dresden, 9. Februar. (W. Z. B.) Das sächsische Gesamtministerium hat den Wunsch des Abministers Jellisch, der den Antrag des Landesparlamentarischen Ausschusses für die W. Z. B. Dresden betreffend das Volksbegehren auf Beratung zu stellen, zugelassen hat. Aufgehoben und dem Antrag des Landesparlamentarischen Ausschusses zurückgewiesen. Der Grund wird der ablehnende Befehl damit, daß der Arbeitsausschuss nicht die eigenartigen Befehle, die das Gesetz über Volksbegehren und Wahlen für den Antragsteller vorschreibt, nicht bei dem Antrag die vom Gesetz verlangte gemeindebehördliche Beglaubigung, daß die 1700 Unterschriften das Landtagswahlrecht besitzen.

München, 9. Februar. (Witwat.) Amtsgerichtspräsident Niss, der von der „Münchener Volkspartei“ Verurteilung zum Ausschluss der Jahresversammlung

beabsichtigt worden ist, wurde heute im Berufsgerichtsverfahren zu 50 Goldmark Strafe verurteilt. Die Handelskammer wurde in der Entscheidung für geschädigte Angehörige, von denen einer an den Folgen der Unterernährung und schlechten Behandlung starb, haben feierlich das größte Aufsehen erregt. Die milde Strafe wirkt wie ein Schuß auf gefundenes Eisen.

### Wenn der Vater mit dem Stiefsohn ...

Ausdehnung der Anlage im Hitler-Prozess

München, 9. Februar. (W. Z.) Wie bereits gemeldet, ist der Hitler-Eudendorff-Prozess auf den 26. Februar verlegt worden. Die Anlage ist inzwischen auf den Oberleutnant a. D. Betnet, den Stiefsohn Eudendorffs, erweitert worden. Wie wir erfahren, legt die Anlage Betnet zur Last, daß er im Auftrage des Generals Eudendorff die Infanterieschule zum Ungehorsam gegen die Vorgesetzten aufgefordert habe. So soll er an der Unterredung teilgenommen haben, die zwischen Eudendorff und einer Abordnung der Infanterieschule bereits zwei Wochen vor dem Aufbruch ins Feld und in der Eudendorff sich über die Ausschreibung einer böstlichen Erhebung äußerte. Weiter wird ihm zur Last gelegt, daß er am 8. November selbst den Leutnant Wagner zu seinem Stiefvater befohlen habe, wo der ebenfalls angeklagte Wagner Infanteristen für die Aufnahme der Infanterieschule im Sommerfeldern empfangen haben soll. Weiter sollen Betnet, sich der ihm zur Last gelegten Vergehen schuldig gemacht zu haben.

### Der Streit um die Steuernotverordnung

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, sind Vertreter sämtlicher Fraktionen des Reichstags zu einer Besprechung der Probleme der dritten Steuernotverordnung mit Mitgliedern des Kabinetts für gestern nachmittag 5 Uhr in die Reichskanzlei berufen worden. Die Fraktionsführer werden ihren Fraktionen, die Anfang nächster Woche zusammenzutreten, Bericht erstatten.

### Der nächste Krieg

Aus dem „Lohn-Leiter“

